III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10 TEL.: SELNAU 3251

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE



Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 75 | 16. Januar 1920 | כ״ה טבת תר״ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Herbert Samuel begibt sich nach Palästina.

Am 10. Januar wurde in London offiziell bekanntgegeben, daß Herbert *Samuel* auf Einladung von Feldmarschall *Allenby* und mit Zustimmung des englischen Aussenministeriums sich nach Palästina begibt. Seine Abreise war für den 11. Januar festgesetzt.

Diese offizielle Reise Herbert Samuels wird sicherlich von grosser Bedeutung für die künftige Entwicklung Palästinas als „national home" der Juden sein.

„Evening Standard" bemerkt zu dieser Reise, daß Samuel für diese Aufgabe sicherlich nicht nur deshalb ausersehen wurde, weil er reiche administrative Erfahrung besitzt, sondern auch wegen seiner großen Sympathien für die zionistische Bewegung. Auch die *Milner-Kommission* wird sich nach Palästina begeben, um dort, ebenso wie bisher in Aegypten, die Lage zu studieren. Bekanntlich hat auch *Lloyd George* den Wunsch ausgesprochen, nach Abschluß der Friedenskonferenz Palästina zu besuchen.

Weizmann über die Lage.

Das Bureau der zion. Organisation meldet: Prof. *Weizmann* hat am 7. Januar vor dem Aktionskomitee Bericht erstattet, der eigentlich für die geplante Jahres-Konferenz in Basel bestimmt war. Weizmann erklärte, daß der Weg für große Arbeit in Palästina jetzt offen sei. Die Verwaltungsbehörden in Palästina sind jetzt der Ansicht, daß sie gemeinsam mit der zion. Organisation für die künftige Entwicklung des Landes arbeiten müssen und sind auch dazu bereit. Das Land wurde von englischen Experten erforscht, die mit der von Weizmann vor der Friedenskonferenz vorgebrachten Meinung übereinstimmen, daß Palästina noch eine Bevölkerung von einigen Millionen fassen könne, ohne daß die jetzigen Bewohner irgendwie benachteiligt würden, insofern die allerletzten wissenschaftlichen Methoden für die Entwicklung angewendet werden.

Der Jude ist mit der Landwirtschaft gut vertraut und das Gruppensystem der Arbeit ist in den jüd. Kolonien mit großem Erfolge eingeführt. Die jüd. Kolonisten leisten ausgezeichnete Arbeit und die Kolonien sind Burgen der hebräischen Sprache. Bedeutende Verbesserungen seien jedoch nötig. Die früheren Kolonisationsmethoden sind veraltet. Die jüd. Bodenpolitik muss auf das System der Nationalisierung aufgebaut werden.

Die zion. Schulen in Palästina werden jetzt von ca. 30.000 jüd. Schülern besucht, die gute Fortschritte machen. Trotzdem sei noch eine grössere Anzahl von Schulen nötig und das zukünftige zion. Budget müsse für diesen Zweck reichliche Summen bereitstellen.

Weizmann berichtete auch über seine mit den Resultaten unabhängiger Experten verglichenen Studien über die baldigen praktischen Möglichkeiten in Palästina. Sie alle sind überzeugt, daß man im Laufe des kommenden Jahres ca. 30.000 Juden in Palästina ansiedeln könne. Solange nicht genügend Häuser vorhanden sind, kann jedoch von einer Massen-Immigration nicht die Rede sein. Es müssen mindestens 5.000 Häuser gebaut werden, wobei 5,000 Leute Arbeit finden werden. Weitere 2.000—3.000 Arbeiter können bei kleineren Unternehmungen Beschäftigung finden, die sogleich für die Entwicklung des Landes notwendig sind. Auch in den verschiedenen Industrien können ca. 2.000 Leute beschäftigt werden. Er glaubt, dass man für diese Unternehmungen 10 Jahre lang eine Million Pfund jährlich wird benötigen. Weizmann ist überzeugt, dass die Aussichten glänzend sind und dass auch das Geld aufgebracht werden wird.

Zum Schlusse erklärte Weizmann, dass die in Palästina gewonnenen Eindrücke ihn überzeugt hätten, dass die englische Regierung fest entschlossen sei, ihre in der Balfour-Deklaration gemachten Versprechen einzuhalten, und dass noch unsere Generation Palästina wieder als blühendes Land erblicken wird.

Unterredung mit Grandrabbin Lévi.

Aus einer längeren Unterredung, die der Herausgeber der „J. P. Z." mit Prof. Israel *Lévi*, dem Grandrabbin von Frankreich, hatte, geben wir folgende Aeusserungen des Grandrabbin wieder:

Durch den Zuwachs, den das französische Judentum durch die elsässischen Juden erfährt, wird die bisherige Richtung der französischen Judenheit im allgemeinen nicht wesentlich geändert. Die Juden der Provinz richten sich nach Paris, von wo aus die Orientierung in jüdisch-politischer Hinsicht auch weiterhin erfolgt. Dagegen erhält das religiöse Element der französischen Judenheit — besonders in den grossen Städten — durch das Hinzukommen der elsässischen jüdischen Gemeinden eine erwünschte Stärkung, was sich erfreulicherweise bereits bemerkbar macht. Der gesteigerte Zug nach der Stadt aus den Dörfern, wo natürlicherweise das religiöse Leben fester verankert ist als in den Städten, in denen im härteren Kampf ums Dasein die religiösen Schranken allzuleicht beseitigt werden, hat schon während des Krieges und noch mehr seit dem Waffenstillstand zugenommen. Als der Grandrabbin kürzlich die jüdische Gemeinde von Strassburg besuchte, zeigte man ihm eine Liste von mehr als 200 jüdischen Familien, die seit der Unterzeichnung des Friedens aus kleinen Ortschaften nach Strassburg gezogen sind. Diese Familien bringen noch die alten traditionellen jüdischen Gebräuche mit und tragen zur Wiederbelebung und Kräftigung des gesetzestreuen jüdischen Lebens in den städtischen Gemeinden viel bei.

Während die Rabbiner Frankreichs sich seit 1870 nicht mehr aus elsässischen und nur wenigen französischen Rabbinatsschülern rekrutierten — die Rabbinatskandidaten des Elsass gingen an das Rabbinerseminar nach Berlin — und die Schüler des französischen Rabbinerseminars sich aus Ostjuden bilden mussten, sind bereits jetzt zahlreiche Rabbinatsschüler aus dem Elsass nach Paris gekommen, um an der dortigen Rabbinatsschule ihre Ausbildung zu erhalten. So wird Frankreich wieder in der Lage sein, aus seinen eigenen jüdischen Gemeinden die Rabbiner zu stellen und nicht

mehr auf den Osten allein angewiesen sein. Ueberhaupt hat der Zustrom von Ostjuden, der vor dem Kriege ziemlich bedeutend war und in Paris zur Bildung einer starken ostjüdischen Schicht führte, durch die Kriegsverhältnisse und die Verkehrshindernisse eine starke Hemmung erfahren, der aber wahrscheinlich, sobald die Verkehrsmöglichkeiten sich bessern werden, in verstärktem Masse wieder einsetzen wird. Als Ersatz für die während des Krieges unterbliebene Einwanderung jüdischer Elemente aus Polen und Russland, hat ein starker Zuzug aus dem Orient, namentlich aus Griechenland, der Türkei, Algier, Marokko und Tunis sich in deutlicher Weise gezeigt. Es handelt sich hier um einen gesunden Menschenschlag mit sephardischem Ritus, im Gegensatz zu den oft schwächlichen Typen der Ostjuden. Durch den Krieg kamen die Juden des Orients immer mehr in Kontakt mit Frankreich, namentlich aber kamen sie als Kaufleute nach Paris, wo sie festen Fuss fassten und wo sie sich heute infolge des regen Handels, den sie betreiben, eines guten Wohlstandes erfreuen. Allmählich liessen sie ihre Angehörigen nach Paris übersiedeln und in letzter Zeit nehmen die Heiraten zwischen Einheimischen und Orientjuden zu, deren Einfluss und Eigenart sich mit der Zeit auch im jüdischen Gemeindeleben bemerkbar machen dürfte.

Bezüglich der Palästinafrage äusserte sich der Grandrabbin pessimistisch. Die wirtschaftliche Verfassung Palästinas sei heute noch eine wenig günstige, zudem habe England genug mit den Unruhen in Aegypten zu tun, wodurch die politische Lösung der Palästinafrage natürlich erschwert werde.

Die politische Lage der Juden in den neuen Rand-Staaten.

Dr. D. *Pasmanik* sendet der „Jüdischen Presszentrale Zürich" folgenden politischen Ueberblick:

Vor den Juden des gewesenen russischen Reiches steht seit einiger Zeit eine brennende Frage: für oder gegen die neu entstehenden kleinen Staaten, für oder gegen die Einheit Russlands. Im allgemeinen bewahrten die Juden die Neutralität, aber im Grossen und Ganzen waren die meisten Sympathien der jüd. Bourgeoisie und der breiten Masse für die Einheit Russlands, denn man hegte Misstrauen gegen die kleinen Staaten. Die Wirklichkeit ist aber schrecklicher als man sich jemals vorgestellt hat.

Die *Ukraine* hat zuerst die national-politische Autonomie der Juden anerkannt und an der ukrainischen Regierung nahm sogar ein jüdischer Minister teil (speziell für jüd. Angelegenheiten). Das alles war auf dem Papier. Und in Wirklichkeit gab es massenhafte Judenpogrome, wie sie noch niemals vorgekommen sind. Ueber 40000 Ermordete, doppelt soviel Ausgeraubte.

Lettland, dessen Regierung eine demokratische war und ist, hat zu Beginn alle jüdischen Rechte anerkannt, aber vor kurzem hat der lettische Nationalrat einstimmig (mit Einschluss der Sozialisten) ein Gesetz angenommen, wonach alle Juden, die nicht in Lettland geboren sind, obwohl sie dort seit 20—30 Jahren wohnen, als Ausländer erklärt werden. Dabei muss erinnert werden, dass Lettland zur Zarenzeit nicht zum erlaubten Ansiedelungsrayon gehörte und die Juden dorthin nur auf besondere Bewilligung einwandern durften. Trotzdem existierte in Riga eine der blühendsten Judengemeinden, die sehr viel zur ökonomischen Entwicklung Lettlands beigetragen hat. Diese Juden werden nun als Ausländer erklärt. Und zwar geschieht es auf Veranlassung einer sogenannten demokratischen Regierung.

Litauen hat uns mit einer speziellen Deklaration bezüglich der jüd.-national-politischen Rechte erfreut, die vor kurzem in der ganzen jüd. Presse veröffentlicht war. Auch in Litauen gibt es einen jüd. Minister für jüd. Angelegenheiten. Aber alle diese Deklarationen waren nur für die Aussenwelt bestimmt. Die jetzt erhaltenen Nachrichten geben ein ganz anderes Bild: Die Deklaration über die Judenrechte bleibt nur auf dem Papier. In Wirklichkeit findet eine starke Judenhetze statt. Die jüdischen Beamten werden ihrer Posten enthoben und neue werden nicht zugelassen. Unter dem Druck der konservativ-katholischen Taryba (Parlament) wird tatsächlich ein starker ökonomischer Kampf gegen die litauischen Juden geführt. Die antisemitische Hetze blüht überall. Hie und da, z. B. in Ponjewiesch, fanden kleine Pogrome statt. Die jüdischen Gemeinden und Schulen werden vom Staate nicht unterstützt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage der litauischen Juden ist eine schreckliche. Es erschallt von dort der Ruf nach Hilfe. Die Regierung ist vollständig inaktiv, soweit es sich um die Verbesserung der jüd. Lage handelt.

Ueber die Lage der Juden in *Polen* brauchen wir kein Wort zu verlieren. Sie ist schrecklich — rechtlich und wirtschaftlich.

Soweit die kleinen Staaten, die sich im gewesenen Russland bildeten. Das erklärt uns die Stimmung der russisch-jüdischen Massen, deren Sympathien einem demokratischen geeinigten Russland entgegengehen, welches die Selbstverwaltungsrechte aller Provinzen anerkennen würde. Jedenfalls hat die jüd. Masse jetzt kein Vertrauen weder zu den Bolschewiki, noch zu Denikin. Die ersten ruinieren die Juden wirtschaftlich, der letzte hat furchtbare Pogrome nicht verhindern können.

Hilferuf ukrainischer Juden.

Der zion. Verein von *Sarny* richtet namens einer Reihe wolhynischer Städte in der Presse einen Hilferuf an die in Amerika lebenden Juden, die aus jenen Gebieten stammen. Alle jüdischen Zeitungen Europas und Amerikas und insbesondere die „Jüdische Presszentrale" werden in einem offenen Briefe um Nachdruck gebeten. Aus der Veröffentlichung dieser an uns in den Zeitungen gerichteten Bitte schließen wir, daß es den betreffenden Gemeinden Wolhyniens nicht möglich ist, in direkten Briefverkehr mit Zürich zu treten und veröffentlichen mit einigen unwesentlichen Kürzungen diesen Hilferuf, in dem es u. a. heißt:

„Einem jeden von uns, die wir auf dem alles zerstörenden ukrainischen Vulkan leben, ist die Vorstellung unmöglich, daß Ihr, unsere nächsten Verwandten, dort, jenseits des Meeres glücklich lebt, ohne uns die nötige rasche Rettung bisher gewährt zu haben. Ist Euch bekannt, was wir gelitten haben und noch leiden, ohne zu wissen, was die Zukunft noch in sich birgt? Wisst Ihr, daß Todesschreck und die grausamsten Todesarten uns bereits seit einem Jahre unaufhörlich verfolgen und viele von uns erbarmungslos hinweggerafft haben? Wißt Ihr, daß Städte, in denen es nur einige Dutzend unschuldiger Toten und ebensovieler Opfer des Schreckens und Hungers, der Not und der Kälte und spezifischer Krankheiten — Begleiterscheinungen dieser Zeit — gibt, zu den glücklichen gezählt werden? Wißt Ihr, daß es auch nicht ein Haus gibt ohne Opfer in diesem allgemeinen Hexensabbath und daß jeder, der noch lebt, sein Leben einem Wunder zu verdanken hat? Wißt Ihr, daß manches Haus bis zehn mal durch die verschiedenen Banden pogromiert wurde und daß infolgedessen jüd. Leben und Ehre, Hab und Gut von der umgebenden Bevölkerung als vogelfrei angesehen werden, dessen sich jeder bemächtigen kann? Es gibt für uns in den kommenden Monaten des Frostes und der Kälte keinen einzigen hellen Sonnenstrahl und keine einzige Minute der Hoffnung und des Trostes, wenn auch Ihr, die Ihr uns helfen könnt, schweigt. Die Haare steigen einem zu Berge, wenn man all diese menschlichen Schattenbilder und lebenden Leichname betrachtet, die vorerst noch herumirren, gezeichnet von dem Todesengel, für deren großen Teil selbst jetzt schon alle Hilfe zu spät ist. Im Namen Eurer Frauen und Kinder, Eltern und

Freunde der Städte: *Olyka, Olewsk, Beresnica, Beresna, Dombrowitza, Wladimirez, Warkewitsch, Zwihil, Sdolbunowo, Tuszyn, Mezerycz, Sarny, Stepan, Slawieschna, Stolin, Klewany, Korez, Rafalowka* und anderer kleinerer und größerer Städte, in all deren Namen sagen wir Euch, das Blut Euer Brüder und Kinder schreit zu uns von der Erde. Wir fordern Euch auf, rettet Eure Familien und Freunde vor einem vorzeitigen Hungertode. Möge jeder von Euch seiner Familie und seinen Verwandten Geld schicken, wenigstens einen Teil dessen, was er während der Zeit des Krieges hätte schicken sollen. Keine Almosen erbetteln Eure Kinder von Euch; schickt ihnen wieviel ihnen gebührt, denn nur ihretwegen begabt ihr Euch nach Amerika, wodurch Ihr dem Schrecken entronnen seid, den wir hier durchzumachen haben. Organisiert Euch und entsendet Eurerseits Vertreter mit raschester Hilfe, Geld, Speise und Kleidung. Ergreift alle Mittel, um je schneller Eure Familien zu Euch herüberzunehmen, falls der Krieg in Euch den heiligen Funken der Vaterliebe noch nicht vergiftet und geraubt hat. Tut ehestens und alles was in Euren Kräften steht und darüber hinaus, denn Eure schmachtenden Kinder erwarten dies mit Ungeduld, und vielleicht wird dann die Hilfe noch rechtzeitig und nicht zu spät kommen. Keiner von Euch, Ihr Glücklichen, soll länger auf einen Brief oder Gruß harren — dies möge Euch ein allgemeiner Brief und der allein mögliche Gruß sein".

Konferenzen der hebräischen Lehrer in Polen.

Infolge der misslichen Postverhältnisse sind zehn Tage lang weder Zeitungen noch Berichte aus Polen eingetroffen. Wir sehen daher davon ab, den erst jetzt eingegangenen genauen Bericht über die hochinteressante Konferenz der hebräischen Volksschullehrer in seiner ganzen Ausführlichkeit zu veröffentlichen und begnügen uns mit der Mitteilung der gefaßten Resolutionen.

1) Die Konferenz erklärt: Der anormale Stand der jüd. Volksbildung kann sich nur bessern, wenn das gesamte Volkserziehungs-Wesen in die Hände der Juden übergeht, die ihre Volksschule in ihrem eigenen Geiste werden ausbauen können, jedoch auf Kosten jener Institutionen, die auch die allgemeine Schule erhalten. Wir sind überzeugt, daß die Erziehungsfrage zugunsten der breiten jüd. Volksmassen wie auch zugunsten des Landes, dessen Bürger wir sind, nur auf diese Weise gelöst werden kann.

2) In der Meinung, daß die hebräische Volksschule, die für das ganze jüd. Volk bestimmt ist, ein sowohl körperlich als geistig gesundes Geschlecht heranbilden soll, ein Geschlecht, das die Zukunft auf den Grundlagen unserer Vergangenheit ausbauen kann, hat die Volksschule den Zweck: a) die körperlichen und geistigen Kräfte des jüd. Volkes zu entwickeln, b) dem jüd. Kinde die geistigen nationalen Schätze zu übermitteln, c) die hebräische Sprache im Munde der jüd. Kinder zum Wiederaufleben zu bringen.

3) Die hebräische Volksschule soll eine gesellschaftliche Institution sein und nur in Ausnahmefällen, wo es sich um die Durchführung pädagogischer Versuche handelt, kann Privatinitiative zugelassen werden.

4) Die gesellschaftliche Schule ist eine allgemeine.

5) In der Volksschule soll als herrschendes Prinzip der Lehrmethode das Arbeissystem eingeführt werden.

6) Der Unterricht dauert 7 Jahre, während die Zahl der Unterrichtsstunden von den einzelnen Schulen bestimmt wird.

7) Die allgemeine Volksschule ist eine gemischte, und wo dies nicht möglich ist, soll dasselbe Programm auch in den Mädchenschulen eingeführt werden.

8) Unterrichtssprache ist hebräisch; falls die Gemeinde, auf den Wunsch der Eltern, Schulen mit jiddischer Unterrichtssprache eröffnet, so müssen die hebräischen Gegenstände gehörig vertreten sein. Das Minimum wird von der pädagogischen Kommission beim „Merkas Hamorim" bestimmt.

9) In Anbetracht der wichtigen Stellung, die der hebräische Lehrer im Leben des Volkes im allgemeinen und jetzt im besonderen einnimmt, ist die Konferenz der Ansicht: a) Der Lehrer soll als Muster für die Schüler im moralischen und ästhetischen Sinn dienen. Er muß allgemeine und jüdische Bildung, wie auch pädagogische Kenntnisse in genügendem Maße besitzen, um seine Aufgabe erfüllen zu können. b) Diejenigen Lehrer, die weder ein Lehrzeugnis noch eine gehörige Vorbereitung besitzen, sind verpflichtet, die Erziehungskurse zu besuchen, die in ihrer Stadt oder ihrem Kreise vorhanden sind. c) Diejenigen, die sich der Volksschule widmen wollen, sind verpflichtet, sich vor der entsprechenden Kommission beim „Merkas Hamorim" prüfen zu lassen. d) Zu diesem Zwecke verlangt die Konferenz Gründung von Lehrerseminaren und pädagogischen und ständigen Kursen für diejenigen, die bereits als Lehrer praktizieren, ferner Errichtung von Bibliotheken und Museen und Herausgabe pädagogischer Literatur und einer hebräischen pädagogischen Zeitschrift.

10) Mit Rücksicht darauf, daß der hebräische Lehrer einer der wichtigsten Faktoren der Auflebungsbewegung der hebräischen Sprache ist, spricht sich die Konferenz dafür aus, daß der Lehrer aktiven Anteil an der kulturellen Arbeit in seiner Stadt nehmen soll.

11) Mit Rücksicht darauf, daß die verantwortungsvolle und anstrengende Tätigkeit des Schullehrers die Inanspruchnahme seiner gesamten Kräfte verlangt, ersucht die Konferenz die entsprechenden Schulorganisationen, die wöchentlichen Arbeitsstunden möglichst nicht über 30 festzusetzen. Der Lehrer soll genügendes Gehalt beziehen, um nicht gezwungen zu sein, auch außerhalb der Schule zu arbeiten, sondern übergenügend Musse verfügen um sich in seinem Fach zu vervollkommnen.

12) Die entsprechenen Schulorganisationen haben die Pflicht, für Altersversorgung, medizinische Hilfe im Krankheitsfall, doppeltes Gehalt zur Zeit der Rekonvaleszenz und Unterstützung der Witwe und Waisen im Todesfall durch Versicherung zu sorgen.

13) Für die Lehrer sollen außer den Feiertagen 10 Wochen Sommer- und 2 Wochen Winterferien bestimmt werden.

14) Nach 30 jähriger Tätigkeit soll der Lehrer unter Weiterbeziehung seines Gehaltes pensioniert werden.

15) Bei Ausführung des Programms wie auch bei allen übrigen Erziehungsfragen entscheidet der pädagogische Rat einer jeden Schule. Von Zeit zu Zeit hat sich der Rat mit den Elternkomitees zu verständigen.

16) In den Schulorganisationen müssen auch die Lehrer vertreten sein.

17) Der Schulleiter wird durch die entsprechenden Schulorganisationen im Einvernehmen mit dem Lehrerpersonal der betr. Schule bestimmt.

18) Beim „Merkas Hamorim" wird sofort eine pädagogische Kommission geschaffen, die die pädagogische Seite der Schule leitet.

Auch auf der vom 28.—31. Dez. stattgefundenen Konferenz der jüd. Mittelschullehrer wurde eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefasst, so u. a.: Die Konferenz der Vertreter der jüd. Mittelschulen, die auf jüdisch-nationaler Grundlage stehen, erkennt, dass der einzige konsequente Typ der jüd. Mittelschule die Schule mit hebräischer Unterrichtssprache ist, bei voller Berücksichtigung der für die Staatsbürger notwendigen Gegenstände, d. h. polnische Sprache und Literatur und Geschichte und Geographie Polens. In Mittelschulen mit polnischer Unterrichtssprache sollen die Judaistika hebräisch gelehrt werden. Im ganzen Lehrsystem soll stets das jüd. Moment berücksichtigt werden.

Die gegenwärtige Mittelschule soll in eine 7 klassige

allgemeine Schule und in eine 5klassige Mittelschule geteilt werden. Am geeignetsten ist a) der mathematisch-naturwissenschaftlicher Typus und b) der humanistische Typus mit dem Lateinischen.

In den jüd. Mittelschulen mit polnischer Unterrichtssprache soll der Unterricht in Judaistika mindestens 8 Stunden betragen. Leiter einer jüd. Mittelschule kann nur ein Nationaljude sein. Kenntnis der jüd. Kultur und der hebräischen Sprache ist unerlässliche Bedingung bei Besetzung dieses Postens.

Die Tätigkeit der Agudas Jisroel für die Kriegswaisen.

Ueber die von der Agudas Jisroel für die Kriegs- und Pogromopfer entwickelte Tätigkeit werden der „Jüdischen Presszentrale Zürich" folgende Daten mitgeteilt:

1. In *Kalisch* hat die Agudas Jisroel 2 Asyle geschaffen, wo über 60 Knaben und Mädchen Unterkunft gefunden haben.
2. In *Warschau* ein Mädchen-Asyl mit 25 Mädchen.
3. In *Bialystok* 2 Asyle mit über 100 Knaben und Mädchen.
4. In *Kowno* konnte das bestehende Waisenhaus nur dank der monatlichen Subvention von Mk. 500.— seitens der Agudas Jisroel weiter bestehen. Ein zweites Waisenhaus wurde durch die Subvention von Mk. 10 000.— im Jahre 1915 eröffnet.
5. *Wilna:* Das bestehende Waisenhaus verdankt sein weiteres Bestehen der Subvention der Augudas Jisroel von Mk. 10 000.—, welche teilweise auch für die Erhaltung der dortigen Real- und Talmud-Thora-Schule bestimmt war.
6. *Galizien:* Die Vorbereitungen zur Eröffnung einiger Asyle sind bald abgeschlossen.
7. *Palästina:* Die Schweizerische Abteilung des „Kriegswaisenfonds der Agudas Jisroel" hat bereits einen Betrag von Fr. 50 000.— bestimmt, für die Gründung eines Kriegswaisenhauses in Palästina für Kriegswaisen aus den *verschiedenen* kriegführenden Staaten.

An *Pogrom- u. Kriegsbeschädigten-Unterstützungen* sind bis jetzt zirka Fr. 200 000.— verausgabt worden.

Chronik.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

In Wilna ereigneten sich am 8. Dez. wiederum traurige Vorfälle, die zu energischen Protesten der jüd. Gemeinde führten. 80 Juden, die mit dem Ausladen eines Waggons Salz für die jüd. Gemeinde beschäftigt waren, wurden umzingelt. Man befahl ihnen, einige Kilometer bis zum Bahnhof zu laufen, wobei die Müden mit Kolbenhieben zum Weiterlaufen gezwungen wurden. Hinter dem Bahnhof wurden sie in ein Zimmer geschleppt und ein jeder gezwungen, sich auf einer Bank niederzulegen, wobei zwei Soldaten die Füsse und zwei den Kopf hielten und ein fünfter zuschlug. Jeder Jude bekam 8—10 Hiebe. Der grösste Teil der auf diese unerhörte Weise geschlagenen Juden liegt krank darnieder.

— Ende Dez. sind in Wilna wiederum zahlreiche Revisionen und Verhaftungen in den verschiedensten Klubs und professionellen Vereinen vorgekommen. Nur ein Teil der verhafteten Personen wurde bisher entlasssen. Das Präsidium der jüd. Gemeinde wurde vom Stadtkommandanten benachrichtigt, dass auf Befehl des Oberkommandierenden eine aus 3 Personen bestehende Kommission zur Untersuchung dieser Vorfälle eingesetzt wurde Unter den Kommissionsmitgliedern befindet sich Dr. *Wygodski,* der von der jüd. Gemeinde delegiert worden ist.

— Der bekannte jüdische Verleger *Kletzkin* wurde in Bobruisk verhaftet und nach Wilna ins Gefängnis abgeführt.

Polen.

— Das „Judisze Folk" veröffentlicht einen Aufruf der jüdischen Abgeordneten bezüglich der vom Sejm beschlossenen Sonntagsruhe, worin die jüdische Bevölkerung zum tapferen Ausharren in diesem ihren gerechten Kampfe aufgefordert wird.

Dieser Aufruf soll nach in Warschau kursierenden Gerüchten Veranlassung geben, die jüd. Abgeordneten wegen Aufreizung der Bevölkerung zur Nichtbefolgung der Gesetze und zum Widerstand gegen die Behörde, anzuklagen.

— In Warschau waren Gerüchte verbreitet, dass die polnische Regierung bei Führung der Friedensverhandlungen mit Petljura die Kassierung der jüd. nationalen Autonomie und des Ministeriums für jüd. Angelegenheiten in der Ukraine verlangt habe. Das polnische Ministerium des Aeusseren veröffentlicht nun ein offizielles Dementi dieser Nachricht. Es sei über diese Dinge überhaupt nicht verhandelt worden.

— In den beim Handelsministerium in Warschau gebildeten Handels- und Gewerberat wurden nur Vertreter des Verbandes der christlichen Kaufleute eingeladen, während die Bemühungen des jüd. kaufmännischen Verbandes, ebenfalls einen Vertreter in diesen Rat zu entsenden, erfolglos blieben. Eine diesbezügliche Eingabe des Klubs der jüd. Abgeordneten entschied das Handelsministerium abschlägig, indem es sich auf die begrenzte Zahl der Mitglieder dieses Rates berief.

Die Affaire Kon.

Die Affaire Kon zieht immer weitere Kreise. Bekanntlich protestierten die Mitglieder des Lodzer Gerichtes energisch gegen die Ernennung Kons — eines Juden — zum Präsidenten des Lodzer Kreisgerichtes. Als ihre Proteste nicht fruchteten, drohten sie mit Streik, wozu der „Robotnik" bemerkte, ob man nicht auch die Richter, wie die streikenden Arbeiter, als Bolschewisten bezeichne. Nach mehreren Wochen des Widerstandes entschloss sich endlich Kon, seine Demission einzureichen und konnte so als Assimilant in eigener Person erfahren, wie weit die „Polen mosaischer Konfession" gleichberechtigt seien. Zuletzt beschäftigte sich sogar der Ministerrat mit dieser Frage, wobei — anscheinend infolge des gefürchteten üblen Eindruckes im Auslande — einige Minister sich gegen die Annahme der Demission aussprachen, sodass die peinliche Affäre noch immer keine Erledigung gefunden hat.

Ein Heim für jüd. Mädchen aus der Ukraine.

Zahlreichen Mädchen, die aus der Ukraine flüchteten, droht in Polen die Gefahr, von den verschiedenen Seelenfängern der Taufe zugeführt zu werden. Die meisten dieser Mädchen werden bereits an der polnisch-ukrainischen Grenze abgefangen und so lange in Gewahrsam gehalten, bis sie zur Taufe geneigt sind. Jüd. Persönlichkeiten in Warschau haben auf einer Reihe von Beratungen beschlossen, für diese Flüchtlinge ein Heim zu schaffen. Das nötige Geld soll von den Initiatoren beschafft werden. Ueber Art und Umfang des Heims wird in den nächsten Tagen beraten werden.

— In Danzig ist der erste Transport des vom jüd. Rettungskomitee eingekauften eingepökelten Fleisches angelangt, wovon bereits 50 Waggons Fleisch nach der Ukraine, Litauen und Ostgalizien zwecks Verteilung an die arme jüd. Bevölkerung abgegangen sind.

— Aus einem in der Krakauer hebräischen Wochenschrift „Hamizpah" erschienenen Aufruf „Elbonah schel Thora" ist zu entnehmen, dass von einem Autor in fast allen jüdischen Zeitungen Londons eine neue Ausgabe des Talmud mit tausend Kommentaren angekündigt worden ist; tatsächlich aber handelt es sich um *einen* Kommentar, der nach Angabe des Autors aus tausend Kommentaren zusammengestellt worden ist.

— In Warschau weilen Dr. *Heller*, gewesener Rabbiner von Lomza und Prof. Dr. Majer *Balaban*, die sich mit der Ausarbeitung des Programmes des demnächst vom „Misrachi" zu eröffnenden Rabbiner-Seminars befassen. Der Unterricht beginnt Anfang Januar.

— Am ersten Januar konnte Dr. Markus *Braude* in Lodz seinen 50. Geburtstag feiern. Dr. Braude, der stets in den ersten Reihen der zion. Bewegung gekämpft hat, hat in Lodz speziell für die jüd. Schule Grosses geleistet. Das von ihm ins Leben gerufene Knabengymnasium, dem auch ein Mädchengymnasium folgte, war das erste dieser Art in Polen. Eine Reihe ähnlicher Schulen wurde nach diesem Muster im Laufe der Jahre errichtet. Dr. Braude schuf ferner in Lodz ein Lehrerseminar und Fortbildungskurse für jüd. Mädchen. Dr. Braude, der Präsident des Erziehungsdepartements der zion. Partei Polens ist, nahm während der letzten Tage führenden Anteil an den in Warschau stattgefundenen Beratungen der jüd. Volksschul- und Mittelschullehrer.

— Jakob *Bermann*, der als Ingenieur-Architekt durch die Haboneh-Baugesellschaft nach Palästina berufen wurde, ist am 31. Dez. abgereist. Bermann ist auch Bevollmächtigter der Gesellschaft „Botei Menucha" und als praktischer Baufachmann bestens bekannt.

— *Jatzkan*, der bisherige Redakteur des „Tog" resp. „Hajnt" ist nicht in die Redaktion des „Najes fyn Hajnt" eingetreten und soll in der nächsten Zeit sich nach Palästina begeben.

Tschecho-slovakischer Staat.

Max Brod bei Präsident Masaryk.

Am 28. Dez. wurde Dr. Max *Brod* in einstündiger Audienz vom Präsidenten *Masaryk* empfangen, dem er einen ausführlichen Bericht über seine Reise in der Slovakei erstattete. Brod berührte bei dieser Gelegenheit alle wichtigen jüd. Fragen, insbesondere die des Schadenersatzes für die Plünderungen im November 1918. Präsident Masaryk erkundigte sich eingehend nach der politischen Gruppierung der Juden der Slovakei und brachte den Ausführungen Dr. Brods vollstes Verständnis entgegen. Die Audienz schloss mit der Versicherung des Präsidenten, dass er die demokratischen Bestrebungen des jüdischen Volksverbandes mit grösstem Wohlwollen verfolge.

Die Neujahrsrede des Ministers Srobar.

Der bevollmächtigte Minister für die Slovakei Dr. *Srobar* empfing am 1. Januar die Vertreter des slovakischen Volkes und verschiedene Würdenträger, die ihre Wünsche für das neue Jahr darbrachten. Der Minister antwortete in einer ausführlichen Rede, aus der folgende Stelle bemerkenswert ist:

„Das heutige magyarische Regime ist charakterisiert durch eine ganz besonders brutale Eigenschaft: die vollständige Ausrottung des magyarischen Judentums. Es ist ein unerhörter Undank des magyarischen Volkes gegenüber seinen Juden, welche das magyarische Kapital zu einer ansehnlichen Höhe vervielfachten, welche dem magyarischen Volke eine sehr hohe Zahl von Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten gaben, welche die magyarische Journalistik auf eine so hohe Stufe hoben, welche durch ihre Tüchtigkeit Arbeitslust und Begabung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens für die trägen Gentryleute und Aristokraten einsprangen, daß heute die Magyaren mit der größten Brutalität diese ihre besten Mitarbeiter peinigen. Die fünfzehn Millionen des einflussreichen, wohlhabenden und gebildeten Judentums werden dieses unmenschliche Vorgehen der magyarischen Intelligenz und Aristokratie niemals verzeihen, und für die Juden kann dies eine Lehre sein, wie gefährlich es ist, wenn sich die Söhne eines Volkes in die Dienste eines andern Volkes stellen, das Herreninstinkte hat. Unmenschlichkeit und Unsittlichkeit bringt nicht nur den Unterdrückten Unglück, sondern auch den Unterdrückern und ihren Helfern den Untergang."

— Auf eine Eingabe des Volksverbandes der Juden für die Slovakei verfügte der Unterrichtsminister *Habrman*, dass die Schüler und Schülerinnen jüd. Glaubens auf Ansuchen der Eltern vom Direktor oder Leiter der Schule vom Schreiben am Samstag und an jüdischen Feiertagen befreit werden können.

In einer neuerlichen Eingabe an das Ministerium wird der Volksverband den Wunsch aussprechen, dass die Schulleitungen zu dieser Befreiung nicht nur ermächtigt, sondern ausdrücklich verpflichtet werden.

Bukowina.

Die Verwaltungsbehörde in Czernowitz hat die Einführung des Hebräischen als Lehrgegenstand im jüd. Gymnasium gestattet, dagegen den Vorschlag des Jüd. Nationalrates, auch jüd. Volkskunde und Lektüre jüd. Autoren, die jiddisch vorgetragen werden sollten, aufzunehmen, verworfen.

— In Czernowitz langten Ende Dez. 11 Waggons Kleidungsstücke an, die das amerikanisch-jüd. Komitee der mittellosen Bevölkerung der Bukowina zur Verfügung stellte.

Oesterreich.

Vortrag Dr. Ruppins.

Vor einem engen Kreise zion. Vertrauensmänner Wiens erstattete Dr. *Ruppin* einen Bericht über die gegenwärtige Situation des Zionismus und die Lage in Palästina. Man dürfe hoffen, dass die Verhandlungen mit der englischen Regierung zu einem Ergebnis führen werden, welches die Errichtung eines jüd. nationalen Heims und die Entwicklung eines sich selbst verwaltenden Gemeinwesens gewährleisten wird. Die zionistische Leitung strebe die Schaffung einer geeigneten jüdischen Stelle an, die öffentlich-rechtlich anerkannt sein und mit der Regierung Englands in allen Angelegenheiten, welche die jüdischen Interessen berühren, gemeinsam beraten soll. Es steht zu erwarten, dass England im Zusammenwirken mit dieser jüdischen Vertretung die Einwanderung und Besiedelung fördern und alle verfügbaren Länder zur Verfügung stellen wird. Die jüd. Vertretung von Palästina soll die Möglichkeit erhalten, im Lande alles für die Errichtung des jüdisch-nationalen Heims Erforderliche zu unternehmen und ebenso soll bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten auf die Errichtung eines jüdischnationalen Heims Rücksicht genommen werden. Man will Vorsorge treffen, dass bei der Besiedelung kein spekulativer Missbrauch getrieben werde. Palästina wird einen englischen Gouverneur erhalten, dem vermutlich ein jüdischer Berater (wahrscheinlich Herbert Samuel „J. P. Z.") beigegeben sein wird, andererseits soll die munizipale Selbstverwaltung geschaffen werden, sobald die Bedingungen dafür gegeben sein werden.

In der Frage der Grenzen Palästinas ist auf eine für uns günstige Lösung zu hoffen. Dass die Nordgrenze bis zum Hermon und die Südgrenze bis Aegypten reichen wird, ist sichergestellt. Die Ostgrenze, welche bis zur Wüste reichen soll, ist noch nicht festgelegt.

Die gegenwärtige oberste englische Behörde von Palästina steht auf dem Standpunkt, dass Palästina bereits imstande ist, Einwanderer aufzunehmen, sodass die wirtschaftliche Arbeit ehestens aufgenommen werden könnte. Sicher erschwert wird die Frage der Einwanderung durch die hohen Fahrpreise und die im Lande herrschende Teuerung, der übrigens durch die Errichtung grosser Magazine abgeholfen werden soll, in denen Lebensmittel zum Engrospreise abgegeben werden.

Die antizionistische Haltung der Araber und deren Presskampagne hat an Schärfe bereits nachgelassen, doch muss das Araberproblem mit der entsprechenden Vorsicht behandelt werden.

Eine der wichtigsten Fragen bildet gegenwärtig der Bodenkauf. Dieser wird bald möglich werden, weil demnächst das Grundbuch geöffnet werden soll, welches die englische Behörde geschlossen hatte, wodurch die Bodenspekulation hintangehalten wurde. Bei allen Bodenkäufen soll die zionistische Organisation das Vorkaufsrecht erhalten, andererseits will die englische Regierung Vorsorge treffen, dass die Organisation die bisher dem Sultan gehörenden Staatsländereien erwerbe. Im Besitze dieser Länder werden wir für den ersten Landhunger genug haben. Auch Baron *Rothschild*, der schon so vieles für die Kolonisation Palästinas geleistet hat, ist bereit, mitzutun. Zu den nächsten Arbeiten gehört auch die Erbauung der Kleinbahn von Jaffa nach Petach-Tikwah, welche der zionistischen Organisation gestattet werden soll. (Wiener Morgenzeitung.)

— Beim Wiener Palästinaamt haben sich bis Ende Juli 1919 nicht weniger als 10 591 Personen für die Emigration nach Palästina vormerken lassen.

— Die Beamten des Londoner Zionistischen Zentralbureaus haben eine grosszügige Aktion für ihre Wiener Kollegen und Kolleginnen eingeleitet, die den *„Verband der Angestellten der jüdischen Organisationen in Wien"* bilden. Dieser Verband, vor einem Jahre unter dem Eindruck der grossen Not und in der Ueberzeugung begründet, dass man sie nur durch gemeinsame Anstrengungen lindern kann, umfasst die gesamte Beamtenschaft der zionistischen Institutionen Wiens, mit etwa 200 Mitgliedern. Präsident des Verbandes ist der Begründer und Leiter des Wiener Palästinaamtes, Dr. Emil *Stein*, der im Laufe dieses Monates Wien verlässt, um als Chirurg in Palästina zu wirken. Der Verband hat bisher einen grossen Erfolg aufzuweisen: die Durchführung einer Gehaltsregulierung für alle Kategorien von Beamten in den zionistischen Institutionen Wiens. Ausserdem ist es ihm gelungen, für seine Mitglieder in der Art einer Konsumgesellschaft Bekleidungsartikel zu beschaffen. Nichtsdestoweniger ist die Not unter der zionistischen Beamtenschaft Wiens ungeheuer gross. Es fehlt an Kleidung wie an Nahrungsmitteln. Die Londoner Kollegenschaft beabsichtigt aus diesem Grunde auch, sich an die Berufsgenossen in den zionistischen Institutionen Amerikas zu wenden.

— Dr. Emil *Stein*, der Leiter des Wiener Palästinaamtes, wurde von der Hadassa als Arzt nach Jerusalem berufen.

— Dr. *Bernhard Münz*, Bibliothekar der Wiener Kultusgemeinde, der auch als Autor einer Reihe philosophischer Werke sich einen Namen gemacht hat, ist in seinem 64. Lebensjahre in Wien gestorben.

Deutschland.

Der Münchener T.-Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Der „Zentralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat die ihm seitens der zionistischen Organisationen und des „Gesamtausschusses der Ostjuden in München" unterbreiteten positiven Vorschläge, die Einleitung einer gemeinsamen Aktion zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland betreffend, abgelehnt. Der Zentralverein erklärte in einem an die jüdischen Organisationen gerichteten Schreiben, er wolle „mit Zionisten und Ostjuden prinzipiell nichts gemein haben". Die jüdisch-nationalen Organisationen werden nun selbständig eine breite Propaganda zur Bekämpfung der antisemitischen Umtriebe entfalten. Eine Reihe nichtjüdischer und jüdischer Persönlichkeiten wurde für diese Aktion bereits gewonnen. — Eine demnächst stattfindende allgemeine jüdische Versammlung wird gegen dieses unjüdische Vorgehen des „Zentralvereines" Stellung nehmen.

München, 8. Jan, Seit einiger Zeit macht sich hier eine sehr starke antisemitische Bewegung bemerkbar, welche die Besorgnis der gesamten hiesigen Presse wachruft. So fand gestern eine Versammlung auf Veranlassung des Deutschen Schutz- und Trutzbundes statt, wobei es anlässlich der Ausführungen eines Redners aus Nürnberg, der sich in heftigen Anwürfen gegen die jüdische Bevölkerung erging, und dem ein Teil der Versammlung lebhaften tosenden Beifall spendete, zu heftigen Zusammenstössen kam. Die „München-Augsburger Abendzeitung" erklärt: Angesichts dieser Vorkommnisse kann man die Besorgnis nicht unterdrücken, dass durch solche Veranstaltungen die Klärung der so ausserordentlich schwierigen Judenfrage nicht im geringsten gefördert wird. Nur zu leicht könnte auf diesem Wege eine Pogromstimmung erzeugt werden, die uns in Deutschland und zumal in München zu allem Elend gerade noch fehlt.

— Am zwölften Tebeth feierte der bekannte Historiker und hebräische Schriftsteller Simon *Bernfeld* seinen 60. Geburtstag. Es gibt kaum ein hebräisches Journal, an dem sich Bernfeld nicht mit historischen oder publizistischen Arbeiten beteiligt hätte. Bernfeld, der in Berlin weilt, ist derzeit mit der Abfassung einer grösseren Arbeit aus dem Gebiete der jüdischen Ethik beschäftigt.

— Der hervorragende Palästinakenner Davis *Trietsch* feierte am 4. Januar seinen 50. Geburtstag.

Frankreich.

Herbert Samuel im Komitee der Jüdischen Delegationen.

Der Pariser M. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Herbert *Samuel*, der sich auf seiner Reise nach Palästina befindet, wurde am 13. ds. im Komitee der Jüd. Delegationen von dessen zionistischen Mitgliedern, sowie von einigen Repräsentanten der französischen Zionisten begrüßt.

Der Vorsitzende, Nahum *Sokolow*, feierte Herbert Samuel wegen seiner Verdienste um die Erlangung der politischen Möglichkeiten für das Judentum in Palästina. Wie er darin Grosses geleistet habe, so werde seine Aufgabe im Hinblick auf die grossen wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Juden in Palästina von historischer Bedeutung sein.

Herbert *Samuel* gab die Versicherung ab, daß er bemüht sein werde, die großen jüdischen Kolonisationsprojekte der englischen Regierung nahe zu legen. Es sei ihm bekannt, dass die englische Regierung den festen Vorsatz habe, ein modernes Wirtschaftsleben im Lande auszubauen. Es werde daher sicherlich die grossen Kolonisationsprojekte der Juden fördern. Es sei nicht die Absicht der englischen Regierung, die Kolonisation auf gross-kapitalistischer Grundlage mit den Möglichkeiten von Latifundienwirtschaften auszubilden, sondern es werde sich darum handeln, in erster Reihe die Interessen der kleinen Kolonisten und der Arbeitermassen mit der Entwicklung des Landes in Einklang zu bringen. Die Ausführungen Herbert Samuels erweckten grossen Beifall und zeugten von echtem Interesse für die Wiederaufrichtung des jüdischen Volkes und seiner Sprache in Palästina.

— Der Pariser M.-Gewährsmann der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet: Der Präsident der Trade-Union der Schneider der Vereinigten Staaten, Benjamin *Schapira*, weilt gegenwärtig in Paris zwecks Studiums der Arbeitsverhältnisse. Von Paris begibt er sich in den nächsten Tagen nach Polen, um die Lage der dortigen jüd. Arbeiterschaft kennen zu lernen.

Schapira ist eine prominente Person in der amerikanischen Arbeiterwelt. Die Schneiderunion ist nach der der Kohlenarbeiter und der der Maschinenarbeiter das drittstärkste Syndikat der Vereinigten Staaten. Die Mitglieder dieses Syndikats sind zu 80% Juden. Diese Union hatte auch, wie bereits berichtet, vor kurzem einen Beschluss gefasst, ihre jüd. Arbeiter möchten einen halben Tageslohn für das Hilfswerk des Joint

Distribution Committee widmen und lieferte den Betrag von 175 000 Dollars dem Joint ab.

— Dr. E. F. *Braunstein*, Paris, hatte die Freundlichkeit, der „J. P. Z." einen kurzen Bericht über den zweiten Vortrag, den Dr. *Pasmanik* am 16. Dez. in der „Groupe des Etudiants Sioniste" über den Zionismus als ökonomisches Problem gehalten hat, einzusenden. Dr. Pasmanik widerlegte die allgemein verbreitete Ansicht, wonach die Juden hauptsächlich ein Volk von Handelsleuten seien und betonte die Notwendigkeit der Regeneration des jüd. Volkes durch den Landbau. Er ist der Ansicht, dass die Aufgabe, die gegenwärtig den Zionisten obliegt, ein Finanzproblem ist; man müsse die Hunderte von Millionen finden, die für die Kolonisation notwendig sind. Herr *Zlatopolsky* und einige Mitglieder der Gruppe beteiligten sich an der Diskussion.

England.

Nach „Jewish Times" wurde in London eine jüd. Schiffsgesellschaft gegründet. Die von dieser Gesellschaft gebauten Schiffe sollem dem Passagier- und Warenverkehr zwischen England und Palästina dienen.

— In London wurde jetzt eine jüd. Annoncenagentur gegründet, die es sich zur Aufgabe stellt, Annoncen für die jüd. Presse der verschiedenen Länder zu vermitteln. Diese Annoncenagentur eröffnet Abteilungen in New-York, Warschau wie auch in anderen jüd. Zentren. Besondere Aufmerksamkeit wird diese Agentur der palästinensischen Presse widmen.

— James *Rothschild* hat einen Preis von 500 Pfd. gestiftet, deren Zinsen alle drei Jahre einem Studenten der Jerusalemer hebräischen Universität für das beste hebräische Gedicht zugewiesen werden sollen.

— Laut einem Telegramm von Schifrin an den Newyorker „Forward", wird in diplomatischen Kreisen versichert, daß der englische Militärattaché in Warschau infolge seiner unwahren Berichte über die in Polen vorgekommenen Pogrome abberufen werden dürfte.

Spanien.

Madrid, 5. Jan. Der spanisch-jüdische Verband in Tetuan hat die Einsetzung eines Zentral-Ausschusses in Madrid als Vertretung aller spanisch-jüdischen Vereine Marokkos beschlossen, um eine immer engere Annäherung zwischen Spanien und Juden in Marokko und hauptsächlich in dem unter spanischem Protektorat stehenden Landstrich zu erzielen. Präsident ist Dr. Angel *Pulido* (Madrid), als Ehrenpräsident wurde König Alfons bezeichnet.

Prof. *Jahuda* hat bereits England verlassen, um nach Spanien zurückzukehren.

Dänemark.

Am 4. Jan. begann in Skandinavien die Trauerwoche für die jüd. Pogromopfer aus der Ukraine. Für Kopenhagen wurden folgende Bestimmungen festgesetzt: Von Sonntag bis Freitag dürfen keine Festlichkeiten, Theatervorstellungen, Konzerte usw. stattfinden und während der ganzen Woche wird Geld für die Pogromopfer gesammelt. Am Montag haben alle Arbeiter zu feiern und die Kaufleute ihre Geschäfte geschlossen zu halten. Mittags findet eine grosse Protest- und Trauerversammlung statt und nachmittags werden Andachten in verschiedenen Synagogen abgehalten. Am Abend haben die jüd. Vereine spezielle Trauersitzungen zu veranstalten.

Amerika.

Die amerikanischen Juden für den Wiederaufbau Palästinas.

Der amerikanische Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet:

Die amerikanischen Zionisten unternehmen energische Schritte für die Sammlung eines zehn Millionen Dollars Fonds für den Wiederaufbau Palästinas. Diese große Summe ist umso bemerkenswerter, als es erst das zweite Mal ist, daß man mit der Forderung nach einem solchen Riesenbetrage an die amerikanische Judenheit herantritt. Während es sich jedoch bei der Sammlung für die Kriegsopfer, um die Gesamtheit der amerikanischen Judenheit gehandelt hat, will diesmal eine einzige Partei im Judentum sich einer solch großen Aufgabe unterziehen. Es ist der Plan aufgetaucht, dass das „Joint Committee" und die zion. Organisation beide Sammlungen gemeinsam durchführen. Mitte Dezember fand im Emanuel-Tempel eine diesbezügliche von Jacob *Schiff*, nach einer Unterredung mit Louis *Brandeis* einberufene Konferenz statt. Die Zionisten legten einen Plan vor, wonach sie einverstanden wären, die Arbeit gemeinsam durchzuführen. Gegen diesen Vorschlag traten Louis *Marshall*, Julius *Rosenwald*, Cyrus *Adler*, Henry *Morgenthau* und andere auf. Marshall bezeichnete zwar die Palästina-Arbeit für sehr wichtig; aus praktischen Gründen glaube er jedoch nicht an den Erfolg einer solchen Vereinigung. Für die gemeinschaftliche Durchführung der Sache traten auf Julian *Mack*, Rabb. *Wise*, Louis *Brandeis* und andere. In der Abstimmung fiel die Entscheidung gegen die Vereinigung dieser beiden Sammlungen. Dieser Beschluß gilt jedoch nur für New-York, da in vielen anderen Städten die Sammlung bereits bisher gemeinschaftlich geführt wird und wahrscheinlich auch weiter geführt werden wird. Besonders warm für Palästina traten *Jakob Schiff* und *George Irwing Lehmann* ein. *Schiff* erklärte, er erkenne an, daß Palästina den Grundstein der jüd. Frage bilde und *Lehmann* meinte, er sei zur Ueberzeugung gelangt, daß die Arbeit für den Wiederaufbau Palästinas vor allen anderen jüd. öffentlichen Arbeiten kommen müsse.

Am 12. Dez. begann der Verband der ukrainischen Juden ein Verzeichnis derjenigen Juden aufzustellen, die Verwandte und Freunde in der Ukraine haben, und die diesen vermittels der bald nach der Ukraine sich begebenden Kommission Geld schicken wollen.

Der polnische Reichstagsabg. Dr. *Rosenblatt*, (Deputierter von Lodz) ist am 11. Dez. in New-York eingetroffen, um die amerikanischen Verhältnisse zu studieren und zu beraten, wie man am besten die Lage der Juden in Polen verbessern könne.

Das sog. „Rote Schiff" auf dem 249 Russen, die des Bolschewismus verdächtig waren, Amerika verlassen mußten, hatte blos 14 Juden an Bord. Ein neuer Beweis für die geringe Beteiligung der Juden am Bolschewismus.

— Rabb. *Lewenthal* mußte von seiner Beteiligung an der Misrachi-Weltkonferenz in Amsterdam absehen, da der holländische Konsul in Amerika erklärte, er müsse wegen des Visums erst in Holland telegraphisch anfragen, wodurch Rabb. Lewenthal die Abfahrt der „Rotterdam" versäumt hätte und dann zu spät nach Amsterdam gekommen wäre.

Aegypten.

Der Stadtverwalter von Alexandrien, *Abdul Resack Pascha,* hat nach der Ausplünderung mehrerer jüdischer Läden durch wilde Massen einen Brief an die jüd. Presse gerichtet, in dem er seinem grossen Bedauern über diese Vorfälle Ausdruck verleiht. Er schreibt u. a., dass er leider zu jener Zeit nicht in der Stadt anwesend war, sonst wäre er selbst an Ort und Stelle erschienen und hätte die Massen aufgefordert, sich zu beruhigen und Ausschreitungen gegen die ruhigen jüd. Mitbürger zu unterlassen. Die jüd. Gemeinde sei für die Stadt notwendig, sie habe ihr niemals Unannehmlichkeiten verursacht. Die Juden sind arbeitssam und leben im Frieden, er verehre sie und sympathisiere mit ihnen. Weiter führte er aus: Ich versichere Sie, dass ich mit Hilfe der angesehenen Bürger der Stadt mich bemühen werde, die brüderlichen Beziehungen, die bis

jetzt zwischen den Juden und Muselmanen in Alexandrien herrschten, wieder herbeizuführen.

— Die Syrier betreiben jetzt in Aegypten eine eifrige antizionistische Agitation. Auf einer im Dez. in Kairo stattgefundenen Konferenz von drei syrischen Parteien wurden scharfe Resolutionen gegen den Beschluss der Friedenskonferenz, eine Teilung Syriens zuzulassen, gefasst. Die Konferenz protestierte auch gegen die „zionistische Besetzung" Palästinas, da Palästina angeblich zu Syrien gehöre.

Palästina.

Am 25. Dez. hat die Uebersiedelung des „Waad Hazirim" von Jaffa nach Jerusalem stattgefunden. In einer Ansprache, die *Ussischkin* bei dieser Gelegenheit an die Beamten des „Waad Hazirim", 70 an der Zahl, hielt, erklärte er u. a., dass die herrschende Sprache im „Waad Hazirim" die Hebräische sein solle. Die Beamten sollen sich an die Besucher in Hebräisch wenden.

— Am Montag den 17. Dez. wurde im Jaffaer Hafen die Einweihung und die Hissung der blau-weißen Fahne auf dem ersten jüdischen Dampfer gefeiert. Ein zahlreiches Publikum aus Jaffa und viele Gäste aus Jerusalem und anderen Ortschaften, unter denen auch viele Militärbeamte waren, wohnten dieser Feier bei. Punkt 3 Uhr erschien der Jaffaer Hafenkommandant, Major John, in Begleitung seiner Familie und seines Stabes. Der Frau des Kommandanten wurde die Ehre zu teil, die blau-weisse Fahne mit dem Magen David zu hissen, was unter den Anwesenden stürmischen Beifall und Jubel auslöste. Nach dem Hissen der Fahne wurde auf dem Dampfer von deren Besitzern, den Herren A. Lifschitz und Cie., ein Bankett veranstaltet. Eindrucksvoll war der Moment als der Dampfer nach dem Bankett eine Spazierfahrt auf hoher See machte, wo gerade der große italienische Dampfer „Milano" verankert lag und die Passagiere und Mannschaften beider Dampfer einander mit Hoch- und Hurrarufen begrüßten.

— Wie wir dem „Kuntres" (Organ der „Achduth-Haawodah" in Palästina Heft 17) entnehmen, trifft die „Palestine Water Commission" die notwendigen Vorbereitungen für den Erwerb und die Einrichtung von Transportschiffen in grossem Masstabe, um auf diese Art die grosse Masse der Immigranten, die in Palästina erwartet werden, auf den Schiffen dieser Gesellschaft transportieren zu können. Interessenten haben sich an die Adresse zu wenden: Palestine Water Commission, Jaffa.

— In Jaffa hat sich unlängst eine kooperative Aktien-Gesellschaft unter dem Namen „Hamasmin" gebildet mit dem Zweck, den Einkauf von Lebensmitteln, deren Preise in Palästina zur Zeit unglaublich hoch sind, in grossen Quantitäten und aus erster Hand zu besorgen, um auf diese Weise die Lebensmittelpreise zu ermässigen. Die Gesellschaft „Hamasmin" will ihre Tätigkeit auf alle Städte und jüd. Kolonien Palästinas ausbreiten. Der Zentralrat von Jerusalem hat das Eintreffen von grosser Mengen Reis angekündigt, sodass er imstande sei, das Rotek (3 Kilo) für 11,5 Gr. zu liefern, statt zum Marktpreise von 13,5 ägyptischen Groschen. Ein grosses Quantum australisches Mehl (1000 Tonnen) wird demnächst in Jerusalem erwartet.

— Den im „Haaretz" in Nr. 141 erschienenen landwirtschaftlichen Besprechungen Dr. *M. Sagorodskis*, die von Zeit zu Zeit in dieser Zeitung erscheinen, entnehmen wir u. a., daß in Palästina großer Mangel an tierärztlicher Hilfe besteht, was die Ursache der schrecklichen Tierseuchen und besonders der Geflügelseuche ist. Dieser Zustand bringe die außerordentliche Verteuerung der Eier und der Milch mit sich. Milch kostet pro Liter 2 Fr. Sagorodski weist darauf hin, daß es in ganz Palästina nur zwei Tierärzte gebe und bemerkt, daß zwar viele Aerzte nach Palästina kommen, daß sich unter ihnen jedoch kein Veterinär befinde, obgleich Tierärzte in Palästina eine aussichtsreiche Existenz finden könnten.

— Infolge der vermehrten Gründung von Zeitungen und Wochenschriften macht sich in Palästina ein grosser Mangel an Setzern fühlbar.

— In der jüd. Musikschule in Jerusalem wurde eine besondere Abteilung für die Ausbildung von Kantoren gegründet.

Die hebräische Geschäftssprache in Palästina.

Die Anglo-Palästina-Bank hat beschlossen, von nun an alle ihre Drucksorten, Broschüren und Berichte in hebräischer Sprache zu veröffentlichen. Es sind bereits die Vorarbeiten im Gange, um in möglichst kurzer Zeit auch die Buchführung und überhaupt den ganzen inneren und äusseren Geschäftsverkehr in hebräischer Sprache durchzuführen. Dieser Beschluss wird zweifellos auch auf die übrigen jüdischen Körperschaften und Privatunternehmungen einen günstigen Einfluss üben.

— Auf Intervention des Präsidiums der Jerusalemer Handelskammer wird von jetzt ab bei Berechnung des Lagerzinses in der Jerusalemer Bahnstation neben dem Sonntag auch der Samstag nicht eingerechnet werden.

— Auf Veranlassung der Administration der hebräischen Tageszeitung „Haaretz", werden die Agenturen Havas und Reuter Filialen in Palästina eröffnen.

— Gelegentlich der Ankunft Dr. *Klausners*, des Redakteurs des Odessaer „Haschiloach", wurde in verschiedenen Kreisen die Frage erörtert, ob man nicht die Redaktion des „Haschiloach" nach Palästina verlegen solle.

— Der Verein für Hochschul-Kurse, der bis jetzt nur eine Abteilung für Staats- und Rechtswissenschaften hatte, plant von nun an auch eine Abteilung für Philosophie und Geschichte zu eröffnen. Mit den Vorträgen in dieser Abteilung soll Dr. Klausner betraut werden.

— Aus Persien ist nach mehrmonatlicher schwerer Reise eine grosse Anzahl von Immigranten mit ihren Familien in Jerusalem angelangt. Die Leute sind zwar keine gelernten Facharbeiter, jedoch tauglich für physische Arbeiten.

— Der Chacham Baschi von Jerusalem, *Eliaschar*, hat Gebete an der „Kossel Maarowi" angeordnet für die Rettung der Juden in Damaskus, die infolge der dortigen starken antisemitischen Bewegung, die leicht zu Pogromen führen kann, in Gefahr schweben.

Presse- und Verlags-Notizen.

La Tribune Juive. Unter diesem Titel erschien soeben in Paris die erste Nummer eines wöchentlichen „Organs der russischen Juden". Ausser der französischen Ausgabe, erscheint die Zeitschrift parallel auch in einer russischen und englischen Ausgabe. Die Redaktion des Blattes liegt in den Händen der Herren Ruben *Blank* und M. L. *Goldstein* (s. „J. P. Z." Nr. 68). Die Richtung des Blattes ist die des ehemaligen Petersburger russisch-jüdischen „Woszchod", wobei freilich die gigantische Umwälzung in Russland auch neue Aufgaben auf die Tagesordnung setzte. Diese Aufgaben skizziert Dr. *Blank* im programmatischen Aufsatz der ersten Nummer. Vom zweiten Redakteur der Zeitschrift, M. L. *Goldstein*, rührt ein Artikel über die Pogrome her und ein weiterer, der die Frage stellt und verneint, ob für die Teilnahme einzelner Juden an der bolschewistischen Bewegung die Judenheit als ganzes verantwortlich gemacht werden kann. Demselben Thema ist ein dokumentierter Artikel des Herrn S. *Poljakow* gewidmet. Dieser Frage wendet sich auch M. *Winawer* zu, der überdies die Rolle der Juden im regenerierten Russland ins Auge fasst. Aus dem Inhalt der ersten Nummer seien noch die Beiträge von *Nabokow* und *Rudnjew* erwähnt — beides Nicht-Juden und hervorragende russische Politiker — die gegen die Pogrome und die Abwälzung der bolschewistischen Greuel auf die Juden in scharfer Weise Stellung nehmen. Schweizerischer Berichterstatter der *„Tribune Juive"* ist Herr Dr. A. *Charasch*.

— Vom 1. Jan 1920 ab gibt der „Hapoel Hazair" in Berlin eine jiddische Wochenschrift „Unsere Freiheit" heraus.

— Auf Initiative bedeutender jüd. Schriftsteller erscheint demnächst in Warschau ein Werk „Pogrom", das neben dem belletristischen und publizistischen Teile auch eine grosse Statistik aller Pogromopfer enthalten soll.

Hedwig Caspari. Elohim. Gedichte. Weltverlag, Berlin. Ein an Schönheit reiches Werk, das sich in die erhabene Mystik des Alten Testaments wie in einen geheimnisvollen Wald verliert, um seine Quellen fliessen, seine Blumen blühen zu sehen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich